

## Wegen Französisch in der Bredouille

Der neue Baselbieter Bildungsdirektor Markus Eigenmann steht bereits in der Kritik wegen der Schulsprachpolitik.

Luis von Gunten

Das Thema ist emotional und bewegt die ganze Schweiz. Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider bezeichnete es als «Affront», weil es in einigen Kantonen schon beschlossen ist: Die Abschaffung des Frühfranzösisch. Das Fremdsprachenkonzept an der Volksschule ist auch im Baselbiet umstritten. Von der Wahl Markus Eigenmanns zum neuen Bildungsdirektor haben sich einige erhofft, er möge die Abschaffung des Frühfranzösisch vorantreiben. Nach dessen 100-Tage-Medienkonferenz ist die Hoffnung jedoch der Kritik gewichen.

### Gegen Frühfranzösisch im Wahlkampf

Noch im Wahlkampf hätte Eigenmann starke Signale gegen das Frühfranzösisch gesendet, sagt Charlotte Höhmann, Vorstandsmitglied im Verein «Starke Schulen beider Basel». Für sie sei klar gewesen, dass Eigenmann das Französisch ab der 3. Klasse abschaffen wolle und für einen Start ab der Sekundarstufe offen sei. Dahingehend hatte sich Eigenmann auch im Wahlkampf im vergangenen Herbst geäussert. Die Ziele des Sprachkonzepts würden klar nicht erreicht und es brauche Änderungen: «Ob das eine komplette Abschaffung des Französischunterrichts auf der Primarstufe oder ein späterer Beginn mit mehr Wochenlektionen sein wird, ist für mich noch offen.», zitierte Keystone-SDA den Freisinnigen.

An der Medienkonferenz vor Wochenfrist zu seinen ersten 100 Tagen im Amt hat Eigenmann sein Regierungsprogramm vorgelegt. Eines von drei Hauptanliegen ist eine bessere Fremdsprachenkompetenz in der Volksschule. In Bezug auf Frühfranzösisch äussert sich Eigenmann nun vorsichtiger: Der Startzeitpunkt sei nicht ent-



Eigenmann äussert sich in Sache Frühfranzösisch vorsichtig: Der Startzeitpunkt sei nicht entscheidend, sondern nur ein Faktor. Bild: Kenneth Nars

scheidend, sondern nur ein Faktor unter vielen. Die Diskussion darauf zu reduzieren wäre falsch, sagte Eigenmann an der Medienkonferenz. Und: «Ein Verbleib im Harnos-Konkordat wird angestrebt». Darüber hinaus verweist Eigenmann auf den Bericht «Standortbestimmung Sprachenkonzept». Der Bericht wurde bereits Ende Dezember fertiggestellt, ist aber in voller Länge noch nicht öffentlich. Auch das sorgt für Kritik.

### Bildungsdirektion hält Studie zurück

«Das ist eine andere Kommunikation als vor den Wahlen», sagt Charlotte Höhmann. Der Verein macht nun mit einem Ge-

scheidend, sondern nur ein Faktor unter vielen. Die Diskussion darauf zu reduzieren wäre falsch, sagte Eigenmann an der Medienkonferenz. Und: «Ein Verbleib im Harnos-Konkordat wird angestrebt». Darüber hinaus verweist Eigenmann auf den Bericht «Standortbestimmung Sprachenkonzept». Der Bericht wurde bereits Ende Dezember fertiggestellt, ist aber in voller Länge noch nicht öffentlich. Auch das sorgt für Kritik.

such Druck auf die Veröffentlichung des Berichts. «Offensichtlich enthält dieser Inhalte, die für die Verantwortlichen politisch oder administrativ heikel sind und daher nur zögerlich publik gemacht werden sollen.», mutmasst Höhmann. Dem Verein liegt aber die Kurzfassung des Berichts vor. Auf dessen Basis hat «Starke Schule» Kritik formuliert.

«Der Bericht zeigt zwar die Probleme auf, schlägt jedoch Massnahmen vor, die nicht umsetzbar und völlig realitätsfremd sind.», bemängelt Höhmann. So fordere der Bericht etwa, dass Austauschprogramme zwischen deutsch- und französischsprachigen Klassen ausge-

baut und obligatorisch werden sollen. Das klinge plausibel, scheitere aber in der Praxis daran, dass es deutlich weniger französisch- als deutschsprachige Partnerklassen gebe.

Auch die Forderung nach mehr Immersionsunterricht, also dass Sachfächer wie Geschichte oder auch Sport in einer Fremdsprache unterrichtet werden, sei zwar auf dem Papier wirksam. Aber das setze eine so hohe Sprachkompetenz der Lehrpersonen voraus, wie das bei vielen nicht der Fall sei. Eine Diskrepanz zwischen Wunsch und Realität zeige sich auch im Vorschlag, mehr Halbklassenunterricht einzuführen. Das sei zwar sinnvoll, aber

schon heute fehle es in der Primarschule an qualifiziertem Lehrpersonal und finanziellen Mitteln, um das umzusetzen.

Die Erkenntnisse des Berichts müssten in eine andere Richtung führen, ist Höhmann überzeugt: «Es ist überfällig, dass die Reissleine gezogen und das Fremdsprachenkonzept grundlegend korrigiert wird. Das bedeutet: Nur noch eine Fremdsprache ab der fünften Primarklasse.» Der Verein kritisiert seit längerem den frühen Sprachunterricht und hat letzten Oktober eine kantonale Initiative lanciert. Diese fordert, dass Englisch ab der 5. Klasse und Französisch erst ab der Sekundarstufe unterrichtet wird.

## Bundesgericht stützt Tempo 30

**Beschwerde** 2021 hat der Kanton Baselland auf Abschnitten von Kantonsstrassen in Bottmingen, Oberwil und Therwil Tempo 30 eingeführt. Dagegen gingen die Sektion beider Basel des Touring Clubs Schweiz (TCS) vor. Nach dem Regierungsrat und dem Baselter Kantonsgericht lehnt nun auch das Bundesgericht die Beschwerde ab. In einigen Punkten tritt das Gericht gar nicht auf die Beschwerde ein.

Ziel der Einführung von Tempo 30 war es vor allem, Lärm zu reduzieren. Der TCS ist der Ansicht, dies wäre durch den Einbau lärmmindernder Beläge besser umsetzbar. Gleichzeitig stellt der Verkehrsclub die Eignung der Temporeduktion als Lärmmassnahme infrage. Das Bundesgericht findet jedoch: «Vor diesem Hintergrund ist nicht zu beanstanden, dass die zuständige Planungsbehörde vorerst die Herabsetzung der Höchstgeschwindigkeit angeordnet hat.» Sie habe dabei mitberücksichtigen dürfen, dass ein lärmarmer Belag unterhalts- und kostenintensiver als eine Temporeduktion ohne bauliche Massnahmen ist.

Auch eine weitere Argumentation des TCS, die Verhältnismässigkeit sei nicht gegeben, da auch Blaulichtorganisationen durch die Temporeduktion betroffen seien, lassen die Richter in Lausanne nicht gelten. Gemäss Gericht handle es sich bereits um Strassenabschnitte innerorts, «die geprägt sind von Kreuzungen, Einmündungen, Fussgängerstreifen und Bushaltestellen». An diese Gegebenheiten sei die Geschwindigkeit anzupassen – auch von Blaulichtorganisationen. (hof)

## Nachrichten

### Mann wird ausgeraubt und verletzt

**Basel-Stadt** Ein Mann ist am Dienstagmorgen an der Thiersteinerallee Opfer eines Raubs geworden, er wurde dabei verletzt. Wie die Staatsanwaltschaft Basel-Stadt am Dienstag mitteilt, wurde er gegen 7 Uhr zunächst von einer unbekanntem Frau angesprochen. Kurz darauf griffen ihn zwei Männer an und entwendeten diverser Deliktsgut. Die drei Unbekannten flüchteten anschliessend in Richtung Münchensteinerbrücke. Der Verletzte wurde vor Ort von der Sanität betreut. (bz)

### Sprengstoffverdacht legt Raststätte lahm

**Pratteln** Ein verdächtiger Gegenstand hat am Montagmorgen die Raststätte Pratteln Süd für Stunden blockiert. Die Baselbieter Polizei entdeckte das Objekt bei einer Fahrzeugkontrolle, wie sie in einer Medienmitteilung schreibt. Spezialisten öffneten das Auto und untersuchten den Fund mit Röntgen – ohne Ergebnis: Es wurde kein Sprengstoff gefunden. Während des Einsatzes blieb die Raststätte gesperrt, auf der A2 kam es zu Einschränkungen. Der Einsatz dauerte vier Stunden. (bz)

## Schluss mit Gratis-Spass

Die Basler Kantonalbank streicht der Kundschaft die beliebten Freizeitgutscheine. Ein Ersatz ist nicht vorgesehen.

Benjamin Wieland

Auf diesen Brief freuten sich die Kundinnen und Kunden der Basler Kantonalbank (BKB). Einmal pro Kalenderjahr erhielten sie, je nach Kontoart, eine gewisse Anzahl Freizeitgutscheine zugestellt. Die Bons konnten in zahlreichen Einrichtungen in der Region gegen einen Eintritt eingetauscht werden, etwa in sämtlichen Garten- und Rheinbädern im Stadtkanton, im Hallenbad Rialto, in zahlreichen Museen, in der Fondation Beyeler und im Zolli. Doch für das Jahr 2026 wird es keine Bons mehr geben – die BKB hat das Goodie stillschweigend gestrichen.

«Wir haben per April 2025 ein neues Basisangebot eingeführt, bei dem Konten und Kar-



Eingestellt: Im letzten Jahr erhielten die BKB-Kundinnen und -Kunden letztmals Bons zugestellt. Bild: vzg

ten kostenlos sind», sagt Patrick Riedo, Mediensprecher der BKB, zur bz. «In diesem Zusammenhang haben wir die bisherigen Bankpakete aufgehoben. Die

Freizeitgutscheine waren Bestandteil dieser Pakete. Da es keine Pakete mehr gibt, wurden auch die Gutscheine entsprechend eingestellt.» Ein Ersatz-

angebot ist laut Riedo derzeit nicht vorgesehen. «Einzelne Kundinnen und Kunden bedauern die Einstellung der Gutscheine. Gleichzeitig erhalten wir viele positive Rückmeldungen zum neuen Basisangebot.» Ebenso engagiere man sich weiterhin für die Region, «unter anderem über Partnerschaften wie mit Pro Senectute, unser Sponsoring sowie eigene Kunden- und Eventformate, bei denen wir auch nachhaltige Mobilitätsangebote wie Pick-E-Bike einbeziehen und unterstützen.»

Die BKB hat Pick-e-Bike, ein Sharingdienst für E-Velos, im Jahr 2018 lanciert, gemeinsam mit der Baselland Transport AG und der EBM Energie AG. Mit den Freizeitgutscheinen betrieb die BKB auch Eigenmarketing für ihren E-Bike-Verleih. So

konnten die Bons auch für die Miete eines Pick-e-Bikes eingelöst werden. Ein Gutschein war 15 Franken wert.

### «Aufwand in relevanter Grössenordnung»

Der BKB wurde von den Einrichtungen, die den Freizeitgutschein akzeptierten, sicherlich ein Rabatt gewährt. Trotzdem dürfte das Angebot finanziell einen bedeutenden Posten dargestellt haben.

In älteren Prospekten ist von zwei bis zehn Freizeitgutscheinen pro Konto und Jahr die Rede. Was man nun mit der Streichung der Bons einspart, darüber schweigt sich das Bankhaus aus. Aber: «Es handelte sich um einen jährlich wiederkehrenden Aufwand in einer relevanten Grössenordnung.»